

Das politische System der Weimarer Republik

Entstehung:

Novemberrevolution

- Ausgangslage: aussichtslose Lage im 1. Weltkrieg
- 30. Oktober 1918: Matrosen verweigern Kriegseinsatz
 - Allgemeine Streiks- u. Protestbewegungen von Arbeitern u. Soldaten
 - Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten
- Doppelte Ausrufung der Republik nach Abdankung des Kaisers
 - Philipp Scheidemann (MSPD) rief die Deutsche Republik aus
 - Karl Liebknecht (USPD) proklamierte die freie sozialistische Republik
- MSPD u. USPD bilden „Rat der Volksbeauftragten“ (Übergangsregierung)
- Januar 1919: Spartakusaufstand u. Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung
 - Aufstand wird vernichtend geschlagen durch Freikorps u. Regierungstruppen
 - Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg
- bis Sommer 1919 zahlreiche gewalttätige Aufstände
- Sommer 1919: Ende der Revolution u. Inkraftsetzung der Weimarer Verfassung

Weimarer Verfassung:

- föderaler, demokratischer u. sozialer Rechtsstaat
- Volkssouveränität und Gewaltenteilung in gesetzgebende, ausführende u. rechtsprechende Gewalt
- Garantie von Freiheits- u. Grundrechten



Staatssorgane:

Reichspräsident

- Ernennung und Entlassung der Reichsregierung
- Oberbefehlshaber der Reichswehr
- Notverordnungsrecht nach Artikel 48 (Eingriffe in Grundrechte)

Reichstag:

- Parlament, direkt vom Volk gewählt
- Gesetzgebung, Kontrolle der Regierung
- Kann durch den Reichspräsidenten aufgelöst werden

Reichsrat:

- Vertretung der Länder (föderatives Element)
- Beratung des Reichstags bei Gesetzgebung
- Konnte Gesetze des Reichstags verzögern, aber nicht dauerhaft blockieren

Reichsregierung:

- Besteht aus Reichskanzler und Reichsministern
- Vom Reichspräsidenten ernannt, muss Vertrauen des Reichstags haben
- Führt die Verwaltung und setzt Gesetze um

Reichsgericht:

- Oberstes Gericht der Republik
- Zuständig für Verfassungsfragen und Rechtsstreitigkeiten zwischen Reich und Ländern

Das Volk:

- Wählt Reichspräsidenten, Reichstag und Länderparlamente direkt
- Hat Mitbestimmungsrechte durch Volksbegehren und Volksentscheide
- Garantierte Grundrechte wie Meinungsfreiheit und Versammlungsfreiheit

Parteien

- keine Zugangsbeschränkung zum Parlament
- große Auswahl an Parteien
 - SPD, Zentrum, DDP, DVP, USPD, KPD, DVP, NSDAP (größten Parteien)